

RUNDSCHAU

FÜR DEN SCHWÄBISCHEN WALD • DER KOCHERBOTE

LOKALES HEUTE

Die Region trauert um Walter Biermann Seite 10

Gschwender begrüßen das neue Jahr Seite 11



Laura Stoll national jetzt unter den Top-8 Seite 25

GAILDORF

Prominenz lässt grüßen

Schon in wenigen Tagen rollt wieder das runde Leder beim Jugend-Eurocup in Gaildorf. Am 12. und 13. Januar tritt in der Sporthalle die internationale U17-Fußball-Elite an und verspricht ein spannendes Turnier auszutragen. Bekannte Größen der Fußballszenen freuen sich bereits auf den Termin und lassen schon mal grüßen. Seite 9



In Gaildorf steigt bereits wieder das Fußball-Fieber. Foto: pin

RUNDSCHAU-WETTER

Der Morgen ist noch leicht vermogelt und gaukelt uns Sonne vor, auch wenn es stellenweise leicht frostig ist. Tagsüber zieht es dann aber aus Nordwesten schnell wieder zu und nachfolgend fällt leichter Regen oder fieses Geniesel. Im böigen Westwind steigen wenigstens die Temperaturen bis zum Abend auf 8 bis 10 Grad an. ane

SERVICE

Abo-Service (07971) 9588-11
vertrieb.nkr@swp.de
Privatanzeigen (07971) 9588-0
info.nkr@swp.de
Geschäftsanzeigen (07971) 9588-30
anzeigen.nkr@swp.de
Redaktion (07971) 9588-20
rundschau.redaktion@swp.de
www.rundschau-gaildorf.de

74402 Gaildorf, Postfach 130
E 4233
Nummer 2 / 183. Jahrgang



4 195158 801404

Als Schwabe „bisch hoch angesehen“

Der in Berlin lebende Aalener Unternehmer Hans Wall ist überzeugt: „Als Schwabe bisch hier hoch angesehen“. Anders sieht das Wolfgang Thierse, dessen Schwabenschelte Kreise zieht. Das Bild entstand in einer Bäckerei am Prenzlauer Berg – wo der Bundestagsvize lebt (Brennpunkt). Foto: dpa



Korrupte Ärzte im Visier

Bahr prüft strengere Regeln für niedergelassene Mediziner

Niedergelassene Ärzte machen sich derzeit nicht strafbar, wenn sie Geld von der Pharmaindustrie annehmen. Die Kassen sehen eine Gesetzeslücke.

Berlin. Union und Krankenkassen wollen strengere Regeln gegen Korruption unter Ärzten. Der Unions-Gesundheitsexperte Jens Spahn (CDU) droht der Ärzteschaft mit schärferen gesetzlichen Regelungen, sofern sie nicht selbst härter gegen Bestechlichkeit in den eigenen Reihen vorgeht. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) prüft noch, ob es rechtlichen Änderungsbedarf gibt.

Hintergrund ist ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom Juni 2012: Der BGH stellte fest, dass sich niedergelassene Ärzte, die im Gegenzug für die Verordnung von Medikamenten Geschenke annehmen,

nicht wegen Bestechlichkeit strafbar machen. Eine Pharmareferentin hatte Kassenärzten Schecks über insgesamt rund 18 000 Euro übergeben. Die Richter sprachen von „korruptivem Verhalten“, dies sei jedoch nicht strafbar. Denn niedergelassene Ärzte handelten weder als „Amtsträger“ noch als „Beauftragte“ der gesetzlichen Kassen. Bei angestellten Ärzten sei das anders. Die Richter stellten der Politik anheim, dies zu ändern.

Das ärztliche Berufsrecht und das Sozialrecht enthalten bereits Regelungen, wonach es Ärzten verboten ist, sich bestechen zu lassen. Dort sind auch Sanktionen vorgesehen. Nach Einschätzung der Krankenkassen werden Verstöße aber nur sehr selten verfolgt. Im Strafrecht wiederum wird nach angestellten und niedergelassenen Ärzten unterschieden – für letztere gilt die Regelung nicht.

Die Kassen halten das für eine Gesetzeslücke. Der Chef des AOK-Bundesverbandes, Jürgen Graalmann, forderte die Bundesregierung zum Handeln auf. Für niedergelassene Ärzte dürfe es keinen Freibrief für Korruption geben. Die Barmer GEK mahnte, die Regierung müsse die Lücke im Strafrecht endlich schließen. Die Initiative unbestechlicher Ärzte verlangte ebenfalls strengere Regeln. Wolfgang Schwinzer vom Netzwerk „Mezis“ („Mein Essen zähl ich selbst“) sagte, es sei ein Unding, dass für niedergelassene Ärzte anderes gelte als für angestellte Mediziner.

Bahr hatte nach dem BGH-Urteil angekündigt, Verschärfungen zu prüfen. Dieser Prozess laufe noch, sagte eine Sprecherin. Auch mit dem Koalitionspartner werde es Gespräche geben, aber: „Ich sehe da jetzt keinen Druck.“ dpa

Kommentar

Ohne Schuldzinsen im Plus

Griechenland legt erstmals wieder positive Zahlen vor

Athen. Griechenland hat in den ersten elf Monaten 2012 erstmals seit Jahren mehr eingenommen als ausgegeben, allerdings ohne die anfallenden Schuldzinsen. Das Land habe einen sogenannten primären Überschuss in Höhe von 2,3 Milliarden Euro erwirtschaftet, teilte das Finanzministerium mit. Zum Ver-

gleich: 2011 hatte es im Berichtszeitraum ein Defizit in Höhe von 3,6 Milliarden Euro gegeben. Ein echter ausgeglichener Haushalt unter Berücksichtigung des Schuldendienstes ist aber in weiter Ferne. EU und Internationaler Währungsfonds greifen den Griechen bei den Schulden unter die Arme. dpa

Öney wirbt für Migranten

Integrationsministerin: Bewerber nach Leistung beurteilen

Stuttgart. Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) hat die öffentliche Verwaltung aufgefordert, sich für Bewerber mit ausländischen Wurzeln zu öffnen. „Ich will keine Quote. Es soll weiter um Eignung, Leistung und Befähigung gehen“, sagte Öney im Interview mit der SÜDWEST

PRESSE. „Aber Bewerber sollten auch nicht aufgrund ihres fremd klingenden Namens aussortiert werden.“ Während etwa jede vierte Bewohnerin Baden-Württembergs einen Migrationshintergrund hat, hat nur jeder zehnte Landesbedienstete ausländische Wurzeln. rol

Brennpunkt

Organskandal wird untersucht

Leipzig. Nach Manipulationsvorwürfen im Transplantationszentrum Leipzig prüft die Staatsanwaltschaft, ob eine Straftat vorliegt. In Leipzig sollen 38 Patienten, die auf eine Lebertransplantation warten, als Dialysepatienten ausgegeben worden sein. Damit sollten sie auf der Warteliste nach oben rutschen, um schneller an Spenderorgane zu gelangen. Das Klinikum suspendierte den Direktor der Transplantationschirurgie und zwei Oberärzte.

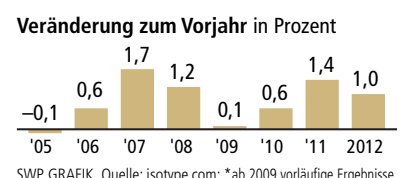
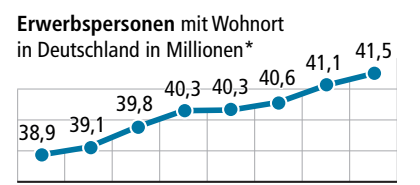
Die Bundesärztekammer setzt eine Ermittlungsgruppe ein. Auch die Prüfungskommission der Deutschen Krankenhausgesellschaft, des GKV-Spitzenverbandes und der Bundesärztekammer wird ihre Untersuchung fortsetzen. Innerhalb von drei Monaten will sie einen Bericht vorlegen. kna/eth

Seite 2

2012 arbeiteten so viele wie noch nie

Wiesbaden. In Deutschland waren 2012 so viele Menschen erwerbstätig wie noch nie. Im Durchschnitt habe die Zahl bei rund 41,5 Millionen gelegen, teilte das Statistische Bundesamt mit. Das seien 416 000 Menschen oder 1,0 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Rekord ist der sechste Höchstwert in Folge. dpa

Seit 2006 aufwärts



SWP GRAFIK Quelle: isotyp.com; * ab 2009 vorläufige Ergebnisse

KOMMENTAR • ÄRZTEBESTECHUNG

Gesetzeslücke

Kassenärzte dürfen sich bestechen lassen, ohne dass sie sich deswegen strafbar machen. Mediziner in Krankenhäusern dagegen drohen in besonders schweren Fällen bis zu fünf Jahre Gefängnis. Denn nur sie gelten als „Amtsträger“, die nach dem Strafgesetzbuch bestochen werden können. Diese Logik verstehen höchstens Juristen.

Normale Sterbliche dagegen wundern sich, dass die Bestechung von niedergelassenen Ärzten durch Mitarbeiter von Pharmafirmen zwar seit langem ein Thema ist. Aber es brauchte erst den Bundesgerichtshof, der vor einem halben Jahr festgestellt hat: Das ist zwar verboten. Es fehlt jedoch schlicht an einem Paragraphen im Gesetzbuch, der dies unter Strafe stellt.

Die Karlsruher Richter haben den Gesetzgeber deutlich aufgefordert, dies zu ändern. Eigentlich sollte das schnell zu machen sein. Doch die Mühlen mahlen äußerst langsam. Gesundheitsminister Daniel Bahr äußert dazu noch nicht einmal seine eigene Meinung. Sein Haus hat alle Beteiligten um ihre Meinung gebeten. Das dauert unerträglich lang.

Mindestens ebenso wirksam wie eine Strafe, die im Zweifelsfall zur Bewährung ausgesetzt wird, ist der Entzug der Zulassung. Doch der wird äußerst selten verhängt, weil dafür die Ärzte selbst zuständig sind. Sie verweisen lieber auf eine neue Broschüre, wie Ärzte „richtig kooperieren“ können. Verantwortungsbewusste Mediziner wissen auch ohne Hilfe, was zulässig ist. DIETER KELLER